

Sigarenen gemäß der Verordnung über die Ausarbeitung der Siegelpläne und die Kennzeichnung des Planteninhaltes (Pflanzenscheinverordnung 1989 - Paris 90)

Art der baulichen Nutzung

Allgemeine Wohngebäude

Maß der baulichen Nutzung

Höhe baulicher Anlagen in m über einem Bezugspunkt





Bauweisen: Paullinen, Baugrenzen

offene Bauweise








nur Hochhäuser zulässig

ED: nur ED201 - und ED202bauweise zulässig

Bauweisen:

	Flächen für den Gemeinbedarf
	Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
	Kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
	Kinderspielfeld

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen

	Umgangene von Flächen mit Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
	Umgangene von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
	Bäume (Pflanzgebot 2 bei festliche Festsetzungen)
	Umgangene von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Pflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
	Bäume (Pflanzgebot)
	Sonstige Flächen
	Unterstützung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen

Art der baulichen Nutzung	Traufhöhe in m	Nutzungsgeschichte
Grundflächenzahl	-	
-	Bauweise	
Dachform	-	
Pflanzgebot		

[illegible]

**PLANUNGSGRUNDGEHÖRE MITTLESTUFENGEHÖRE**

§ 1 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 11 Nr. 1 der Bauplanungsverordnung (BauplanV) in der Fassung vom 27.09.1991 (BGBl. S. 1861) i. V. m. § 11 Nr. 1 der Bauplanungsverordnung (BauplanV) in der Fassung vom 22.04.1993 (BGBl. S. 466) werden folgende klärungsrelevante Festsetzungen getroffen:

1. Art der baulichen Nutzung
- 1.1 Abgrenzung Wohngebiet (§ 4 BauNVO)
- 1.1.1 Gartensiedlungsgebiete als Ausnahme nicht zulässig (§ 1 Abs. 6 BauNVO)
2. Festsetzungen, die als Ausnahme nicht zulässig. Davon ausgenommen sind Sondernutzungen (§ 1 Abs. 6 BauNVO)
- 2.1 Maß der baulichen Nutzung
- 2.1.1 Zulässige Grundfläche (§ 18 BauNVO)
- 2.1.1.1 Unterschiedliche bauliche Anlagen und Bauteile werden auf die zulässige Grundfläche nicht angerechnet, wenn sie einer Erdoberdeckung von mindestens 10 m ausgesetzt werden (§ 1 Abs. 6 BauNVO)
- 2.1.2 Stellplätze, Zufahrten und andere bauliche Anlagen werden auf die zulässige Grundfläche nicht angerechnet, wenn sie mit wasserundurchlässigen Belägen oder Schottermassen ausgeführt werden
- 2.2 Zulässige Gebäuhöhe (§ 20 BauNVO)
- 2.2.1 Gebäude, die oberhalb der zulässigen Trauf- und Firsthöhe in der nachfolgenden Schattenscheitellinie

7. Stützflächen und Gargen  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)  
Stützflächen und Gargen sind nur auf der Oberbaubehörde zweckbestimmlich und auf den Zweckbestimmung zulässig.
8. Flächen, die bestimmt sind  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)  
Auf der Oberbaubehörde sind nur solche Gebäude und andere bauliche Anlagen zulässig, die Zweckbestimmung zulässig sind.
9. Stützflächen  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)  
Auf der Oberbaubehörde sind nur solche stützflächen zulässig, die auf der Zweckbestimmung zulässig sind.
10. Flächen für Abwässer  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)  
Auf der Oberbaubehörde sind nur solche Flächen für Abwässer zulässig, die auf der Zweckbestimmung zulässig sind.

[illegible][illegible]

1. Qualifikation  
 1.1 Das Projekt - Schöpfung  
 Das Projekt - eine Planerische und methodische Schematisierung  
 - eines Vorgangs und Gegenstands mit begrenzten Handlungsmöglichkeiten.  
 2. Definition  
 2.1 Einmaliger Sachverhalt (ON 35 - 40)  
 Abgrenzung (max. 0,5h) (auftrag) (Projektziele)  
 3. Qualifikation  
 3.1 Das Projekt - Schöpfung  
 Das Projekt - eine Planerische und methodische Schematisierung  
 - eines Vorgangs und Gegenstands mit begrenzten Handlungsmöglichkeiten.  
 4. Definition  
 4.1 Einmaliger Sachverhalt (ON 35 - 40)  
 Abgrenzung (max. 0,5h) (auftrag) (Projektziele)

3.1 Stillehalte, Zuhören sind mit wasserundurchlässigen Belägen oder Schotsteinen auszuführen.  
Stillehalte vor Zuhörsälen sind mit wasserundurchlässigen Belägen oder Schotsteinen auszuführen.

3.2 Fußböden  
Die nicht belagten Fußböden, die nicht für Stillehalte, Zuhören und Bewegungsflächen benötigt werden, dürfen nicht mit Holz ausgelegt werden.

3.3 Zement  
Zement für die Herstellung anderer Nichtbelagflächen darf in Zementen mit einem Festungswertmengen von mindestens 2 t/m<sup>3</sup> pro Gebäudefußboden und entsprechend zur Verwendung in Zementmörtel.

3.4 Verlegeteugen  
3.4.1 Fassadenverlegeteugen  
1) Verlegeteugen in Gebäudefußböden sind nur im Erdgeschoss zulässig.  
2) Lauffläche und Verlegeteugen müssen eine Lasterhöhung und nicht zulässig.

3.5 Verlegeteugen  
Anzeigen, die zum Anzeichen von Parkieren oder anderen verkehrsrechtlichen Einrichtungen bestimmt sind, sind nicht zulässig. Anzeigen können zugewiesen werden für Verlegeteugen in Stillehalten.

# VORLESUNG 10

## VERFAHRENSVERMÖGEN

### AUSSTELLUNGSGEGENSTAND

Die wesentlichen ausstell. Tätigkeiten hat am 10.02.1996 beschlossen, die Belassung des § 3 Abs. 1 Belangeitzg. (1996) aufzuheben und eine vorgeordnete Belangeitzg. nach § 3 Abs. 1 Belangeitzg. (1996) herbeizuführen, ab dem 1.01.1996 anzuwenden.

### BEI GEBÜRGEERKLÄRUNG

Die Bürgerbeizugung nach § 3 Abs. 1 Satz 6 erfolgte im Rahmen einer  
 - Plananfrage nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, die im Rahmen der Planung der  
 - Aufstellung der Planung, die im Rahmen der Planung der Planung der Planung  
 - wurde, einseitig zur Ausübung der Einordnung der Planung gehören.

Die Durchführung der o.g. Verfahrensschritte wird bezeugt:

Tübingen, 16.7.1999

AUSFERTIGUNG  
= (Zusatz: 4. und 5. Schritt)

Bürgermeister  
1. stellv. Bürgermeister  
2. stellv. Bürgermeister  
3. stellv. Bürgermeister

[illegible]

0 10 20 30

Stadtplanungsamt